



## Niederschrift

3. Plenarsitzung des Gemeinderates  
22. Oktober 2024, 15:30 Uhr  
öffentlich  
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz  
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

**Punkt 22 der Tagesordnung: Attraktivität der Stellen der Ausländerbehörde: Lösungsansätze für Personalgewinnung und Personalbindung**

Antrag: GRÜNE

Vorlage: 2023/0835

**Punkt 22.1. der Tagesordnung: Attraktivität der Stellen der Ausländerbehörde: Lösungsansätze für Personalgewinnung und Personalbindung**

Änderungsantrag: GRÜNE

Vorlage: 2023/0835/1

**Punkt 22.2 der Tagesordnung: Attraktivität der Stellen der Ausländerbehörde: Lösungsansätze für Personalgewinnung und Personalbindung**

Änderungsantrag: Volt

Vorlage: 2023/0835/2

## Beschluss:

Die Stadtverwaltung gewährt eine übertarifliche Fachkräftezulage im Sachgebiet 1 der Ausländerbehörde für Mitarbeitende mit Publikumsverkehr (front office).

## Abstimmungsergebnis:

22.1, Ziff.1: Mehrheitliche Zustimmung (27 JA-Stimmen, 21 Nein-Stimmen)

22.1, Ziff.2: erledigt

22 und 22.2: erledigt

**Der Vorsitzende** ruft Tagesordnungspunkt 22 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Personalausschuss am 12. Oktober 2023 und 12. Juli 2024.

**Stadträtin Dr. Sardarabady (GRÜNE):** Für die Umsetzung erfolgreicher Integrationspolitik vor Ort brauchen wir eine effiziente und stressresistente Ausländerbehörde. Wenn sie sich von einer reinen Ordnungsbehörde zu einer serviceorientierten Willkommensbehörde entwickeln soll, braucht sie eine stabile Basis an personellen Ressourcen. Diese Überlegungen und Berichte über Missstände waren letztes Jahr Anlass für unseren Antrag. Die Situation war gekennzeichnet durch unbesetzte Stellen, hohe Fluktuation und Fehlzeitenquote. Dies zeigte sich insbesondere in den beiden Sachgebieten mit Massenverwaltungsaufgaben und

humanitärem Bleiberecht. Aufgrund der Personalproblematik kam es zu langen Bearbeitungszeiten von Anträgen und einem hohen Beschwerdeaufkommen. Seit letztem Jahr kam es zu ersten Zwischenerfolgen durch interne Umstrukturierungen. Wir erkennen diese Bemühungen der Verwaltung an, dennoch wollen wir die Verbesserungen langfristig sichern und die Ausländerbehörde weiterentwickeln. Mit dem Änderungsantrag präzisieren wir unsere Forderungen und fokussieren nach zahlreichen Vorgesprächen und der intensiven Vorberatung nun auf zwei Sachgebiete. Sie sind besonders herausfordernd. Aufgrund der Belastungen im Frontoffice im Sachgebiet 1 halten wir es nach wie vor für sinnvoll, bereits vor der Vorlage des gesamtstädtischen Zulagenkonzepts punktuell schon 2025 mit einer sogenannten Erschwerniszulage zu beginnen. Dringender Handlungsbedarf besteht im Hinblick auf eine mögliche Neubewertung von Stellen im Sachgebiet 4. Dies ist ein komplexes Rechtsgebiet mit häufigen aufenthaltsrechtlichen Neuerungen, die für die Bleibeperspektiven von Geflüchteten entscheidend sind. Aus unserer Sicht ist die Stellungnahme bei der Beurteilung, ob es in den letzten Jahren zur Aufgabenerweiterung bzw. Verschiebungen gekommen ist, widersprüchlich. Für uns steht es auch in Abstimmung mit Personalvertreter\*innen außer Frage, dass sich das Aufgabenspektrum verändert und erweitert hat und eine Prüfung somit folgerichtig und gerechtfertigt ist. Maßgeblich sind hier Umfang der Aufgaben sowie das Maß an Ermessensspielräumen, Entscheidungsbefugnissen und Verantwortung. Seit der letzten Stellenbewertung 2018 kam es zu komplizierten Gesetzesänderungen wie Chancenaufenthaltsrecht und Fachkräfteeinwanderungsgesetz. Vor drei Jahren kamen Beratungs- und wachsende Dokumentationspflichten dazu. Bei all dem geht es auch um die Frage nach gelingender beruflicher Integration und um Lebensperspektiven der Betroffenen. Um qualifiziertes Personal für die anspruchsvollen Aufgaben einer echten Willkommensbehörde zu gewinnen und vor allem halten zu können, müssen die Stellen aufgewertet werden. Dies ist nur ein Hebel von Personalpolitik, aber ein zentraler.

**Stadtrat Schütz (CDU):** Profunde und zügige Entscheidungen von Ausländerbehörden sind wichtig für Integration und den Wirtschaftsstandort. Mit Sicherheit ist es aber auch so, dass die Tätigkeiten in der Ausländerbehörde und am Front Desk bzw. im Bereich der humanitären Bleibeperspektive eine besondere Herausforderung darstellen, vielleicht so herausfordernd, dass es auch attraktiv ist, sich innerhalb der Stadtverwaltung an der einen oder anderen Stelle hinzuentwickeln. Das ist im Übrigen vermutlich nicht nur in der Ausländerbehörde an der einen oder anderen Stelle der Fall. Wir sind offen gegenüber der Idee, diese Aufgaben, die sich vielleicht auch im Laufe der Zeit erweitert haben, uns die anzuschauen in Bezug auf die Eingruppierungen bzw. verwaltungsseitig zu prüfen, fachlich zu prüfen, ob diese Eingruppierung noch so aktuell ist. Insofern würden wir der Ziffer 2 des Änderungsantrags zustimmen.

Auch hinsichtlich der Personalbindung des Ursprungsantrags sind wir offen. Die Vorrednerin hat es allerdings auch gesagt, bei dieser Zulage handelt es sich nicht um eine Fachkräftezulage, sondern um eine politische, punktuelle Zulage, die hier etabliert werden soll. Wir fragen uns, wie das auch anderen Bereichen der Verwaltung gegenüber, die gleich eingruppiert sind, erklärt werden sollte. Momentan einem Fehl ist es nicht zu entnehmen in diesen Sachgebieten. Wir wollen so eine Zulage anhand harter Fakten, auch in Bezug auf das in Rede stehende Konzept über das Zulagenwesen, uns das in diesem Bezug anschauen. Und das wird unserer Ansicht nach damit vorweggenommen. Deswegen würden wir die Ziffer 1 des Änderungsantrags ablehnen.

**Stadträtin Uysal (SPD):** Der Antrag der GRÜNEN zu Personalgewinnung und Personalbindung in der Ausländerbehörde ist ein sehr wichtiger und notwendiger Vorstoß. Besonders in Zeiten, wie mein Vorredner ja erwähnt hat, in denen Migration und Integration zentrale Themen unserer Gesellschaft sind, brauchen wir eine gut funktionierende Ausländerbehörde. Wir freuen uns natürlich, dass die Personalproblematik nicht in der Breite der Ausländerbehörde über alle Sachgebiete hinweg besteht. Allerdings Fakt ist, im Sachgebiet 1 und 4 haben wir noch Probleme, die wir lösen müssen. Fakt ist aber auch, dass die Ausländerbehörde vor verschiedenen Herausforderungen, vor komplexen Fällen steht und somit der Arbeitsbelastung auch gewachsen ist. Und wir können diese Herausforderungen nur dann meistern, wenn wir tatsächlich die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen. Deswegen können wir das begrüßen, was die GRÜNEN-Kollegen hier beantragt haben, und ganz gezielt beantragt haben, in den Sachgebieten 1 und 4 ja Forderungen aufgestellt haben. Wir wollen das auch deshalb begrüßen, weil wir nicht nur Personal gewinnen wollen, sondern auch Personal binden wollen, um Fluktuation zu verringern, um auch effizienter zu arbeiten. Und da ist es halt notwendig, dass wir konkurrenzfähige Bezahlung machen. Und natürlich müssen wir auch die komplette Verwaltung anschauen. Das wäre natürlich eine Geschichte im Zuge der Haushaltsberatungen. Allerdings wissen wir, dass wir in der Ausländerbehörde seit Jahren schon Probleme haben, und wir müssen da entgegenwirken, um auch unserer Willkommenskultur gerecht zu werden. In diesem Sinne begrüßen wir diese Punkte sehr und unterstützen diese Forderungen.

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** Das Ansinnen, um das es hier geht, nämlich den betroffenen Mitarbeitern zu helfen, ihnen mehr Anerkennung entgegenzubringen für den schwierigen Job, tragen wir natürlich mit, aber wir haben in der Vorberatung ja vonseiten der Stadtverwaltung einige Informationen erhalten dazu. Und da stellt sich ja dann heraus, dass es nicht so einfach möglich ist, bestimmte Gruppen oder Abteilungen einfach anders einzugruppieren, also die Mitarbeiter in einer Abteilung anders einzugruppieren als welche in anderen Abteilungen, die vergleichbare Tätigkeiten haben. Das geht halt einfach nicht. Dafür gibt es eine Tarifstruktur, die auch von der Stadt eingehalten werden muss, zwingend. Und deswegen wird diese Prüfung, die unter 1. beantragt wird, wahrscheinlich nicht viel bringen, weil dann nur herauskommt, ja, Sie sind richtig eingruppiert und fertig. Und das kann es eigentlich nicht sein. Deswegen waren wir froh zu hören, dass vonseiten der Stadtverwaltung selber andere Maßnahmen getroffen werden, dass nämlich den Leuten, die bereit sind, dort zu arbeiten, dann auch Möglichkeiten geboten werden, sich amtsintern weiterzuentwickeln, wenn man dann eine gewisse Zeit Erfahrung gesammelt hat in diesen schwierigen Positionen. Und wir glauben, dass es eigentlich ein gutes Vorgehen ist. Eigentlich muss man alle Möglichkeiten ausschöpfen, die man ausschöpfen kann von der rechtlichen Seite. Wir haben aber das Gefühl, dass die Verwaltung das bereits tut, und deswegen halten wir diesen Antrag eigentlich für erledigt.

**Stadträtin Böhringer (FDP/FW):** Wie die Kollegin Dr. Sardarabady gesagt hat, der Antrag wurde mehrfach vorbereitet, und wir hatten auch schon einen runden Tisch zum Thema Ausländerrecht, den Herr Bürgermeister Dr. Käuflein geleitet hat, jetzt aber noch einmal eben öffentlich und eigentlich auch schwarz, auch weiß. Ich glaube, dass das Anliegen der GRÜNEN durch die Vorlage der Verwaltung also sehr detailliert aufgegriffen wurde. Und ich muss einmal ganz ehrlich sagen, und zwar lobend, ich habe selten so eine gehaltvolle Vorlage gesehen. Und ich glaube, das hat etwas mit Herrn Lipp, der ja hier im Saal ist, zu tun und natürlich auch mit Frau Lindner vom Personalamt. Die Vorlage bezeichnet zunächst einmal die Kernaufgabe der Ausländerbehörde und nämlich die Entscheidung, über

den rechtlichen Aufenthalt zu treffen. Und völlig klar ist, dass die Ausländerbehörde sich entwickeln muss zu einer modernen Verwaltung und auch einer modernen Willkommensbehörde. Jetzt zu den einzelnen Punkten des Antrags, also des Hauptantrags zunächst, ich entnehme, was ich noch erwähnen möchte, auch dass uns allen, und auch Herrn Lipp und auch Frau Lindner, die Mitarbeitenden der Ausländerbehörde sehr am Herzen liegen. Und die Wertschätzung, die wir Ihnen entgegenbringen für die wirklich schwierigen Aufgaben, die teilen wir als Fraktion auf alle Fälle. Zum Punkt 1, das haben wir mehrfach schon besprochen, nämlich die Neubewertung der Stellen. Es ist klar, und das ist ganz deutlich auch aufgeführt worden, das haben wir mehrfach besprochen, dass die Eingruppierungen, nämlich für die Entgelt- und Besoldungsgruppen über die KGSt-Musterbewertung und den Stellenbewertungen im kommunalen Querbereich sozusagen drüber liegen. Das heißt, die Kollegen und Kollegen sind schon über Gebühr sozusagen in ihren Stellen eingruppiert worden. Insofern würden wir den Punkt 1 ablehnen. Beim Punkt 2 geht es um die Personalgewinnung und die Personalbindung. Das ist eine hervorragende Sache. Ich weiß, dass schon einiges in die Wege geleitet worden ist. Insbesondere im Sachgebiet 1 versucht man, eine neue Aufgabenverteilung auf die anderen Sachgebiete zu erreichen. Und im Sachgebiet 4 soll so eine Clearingstelle erfolgen. Das heißt, es sollen Verbesserungen erzielt werden, und diese Verbesserungen sind auch deutlich. Und da würde ich ganz gerne abwarten, wie sich das auswirkt, zumal auch noch ein Managementbericht erfolgen soll. Also da würde ich sagen, der Sache kann man aber trotzdem nähertreten.

(Der Vorsitzende signalisiert, das Ende der Redezeit)

Jetzt kommt noch ganz schnell der Änderungsantrag, Herr Oberbürgermeister, ganz schnell. Das ist ein wichtiges Thema. Beim Änderungsantrag würde ich sagen, wir warten das gesamtstädtische Konzept ab. Da würden wir sehr zeitnah überlegen, wie können wir das insgesamt in den Griff kriegen mit den Zulagen und warten dann auch die Neustrukturierung ab. Deswegen würden wir auch den Antrag von Volt ablehnen und den Änderungsantrag auch.

**Stadtrat Gaukel (Volt):** Jetzt wollte ich gerade schon fast sagen, ich spare die Zeit wieder ein, aber jetzt hat sie gesagt, sie lehnt unseren Antrag ab, dann ziehe ich die 3 Minuten 40, die wir jetzt alle scheinbar haben, doch durch. So, erst einmal danke an Frau Dr. Sardarabady, ich kriege den Namen bestimmt das nächste Mal richtig hin, für die ganze Vorarbeit, die da in Monaten, wenn es nicht mittlerweile Jahre sind, da reingeflossen ist. Sie hat den Antrag uns auch vorgestellt gehabt in der Fraktion, von daher haben wir da schon ein bisschen den Hintergrund noch bekommen, der auf jeden Fall nicht in die drei Minuten passt, aber da auf jeden Fall schon einmal, ja, danke für den Einsatz. Deswegen auch unser Änderungsantrag, das ist kein Gegenantrag, der soll als Kompromiss sein. Deswegen würde ich auch beantragen, dass wir erst über den GRÜNEN-Antrag abstimmen, und sollte der angenommen werden, würden wir unseren zurückziehen. Und nur, falls er abgelehnt wird, würden wir eben schauen, dass wir das vielleicht noch als Kompromiss durchbekommen. Jetzt zur Begründung dazu, ja, erst einmal danke, oder wir freuen uns über die Nachricht, dass die Stellen mittlerweile besetzt werden konnten. Das war unser letzter Stand, dass die es noch nicht waren. Vielleicht hatten wir es aber auch nicht mitbekommen. Trotzdem hatten wir hier das Problem, dass es ein Leerstand war. Aber dann ist nach meiner Rechnung auch, müsste da zumindest noch etwas Budget da sein, das man auszahlen könnte. Und letztlich haben wir ja auch das Problem der Verweildauer, also dass die Leute zwar auch früher gekommen sind, aber dann im Zweifel nicht lang genug

geblieben sind. Und ich glaube, gerade dafür dann hier denen die Wertschätzung noch einmal entgegenzubringen, gerade während es jetzt diese Umstrukturierung gibt, kann, glaube ich, auch hier helfen. Jetzt haben wir auch das Thema Express-Halle. Das war ja auch die Idee, die Kopplung. Grundsätzlich soll das ja zu Verbesserungen führen, oder es hieß ja auch, dass der Probetrieb geholfen hat. Und vielleicht auch, wenn das jetzt nicht direkt den Alltag der Leute betrifft, glaube ich schon, dass eine generelle Verbesserung im Amt auch für diese Leute eine Entlastung ist und am Ende auch besser gelauntes Publikum, das dort verkehrt, auch sicherlich die tägliche Arbeitsbelastung senkt, wenn die Leute vielleicht dann nicht drei Monate auf den Termin warten müssen, sondern eben nur drei Tage. Da glaube ich schon, dass das auch eine Entlastung macht. Deswegen glaube ich, ist es auch sinnvoll, wenn wir es nicht dauerhaft machen wollen, hier eine zeitliche Befristung reinzumachen. Dann können wir es uns nächstes Jahr noch einmal anschauen, geht es den Leuten besser, klappt es besser, weil gerade auch angesprochen 2026, vorher soll das nicht gemacht werden, weil wir es generell überprüfen sollen. Das finde ich gut, wenn wir dann einen generellen Rahmen für alle Ämter bekommen. Da muss ich aber auch sagen, das dauert halt noch. Von daher finde ich jetzt nicht, dass wir Hände in den Schoß legen sollten und wenn wir irgendwo Probleme sehen, da dann nicht angehen. Deswegen finde ich es trotzdem gut, wenn wir hier kurzfristige Abhilfe schaffen können. Und okay, dann verzichte ich doch auf die letzte Minute meiner Redezeit.

**Der Vorsitzende:** Gut, wir kommen jetzt in die Abwicklung. Ich möchte darauf hinweisen, Sie können eine übertarifliche Fachkräftezulage beschließen, aber bedenken Sie bitte zum einen, dass ich es kritisch finde, wenn aus dem Gemeinderat heraus Personalpolitik in der Weise betrieben wird und Sie uns nicht abnehmen, dass wir eigentlich durchaus schon unsere Maßnahmen unternehmen, die wir für richtig halten. Und Herr Lipp kann ja sogar Erfolge nachweisen. Insofern finde ich das an der Stelle vom Prozess her schon einmal kritisch. Kritisch finde ich auch, dass man sagt, es soll mit Publikumsverkehr sein, dann aber nur in der Ausländerbehörde, als wenn es nicht anderswo auch schwierigen Publikumsverkehr gibt, finde ich vom Zeichen auch sehr kritisch. Das will ich hier deutlich machen. Sie können es trotzdem beschließen mehrheitlich, aber ich würde darum bitten, dass wenn Sie jetzt hier eine Mehrheit finden, dass wir das aber in Zukunft nicht mehr so machen, sondern dass wir dann solche Dinge lieber im Einvernehmen versuchen zu klären.

Die Prüfung der Stellenbeschreibung, liebe Frau Dr. Sardarabady, haben wir Ihnen, glaube ich, in der Stellungnahme ausdrücklich deutlich gemacht, dass wir das gemacht haben. Und Sie führen jetzt Kriterien ein, die für die Stellenbeschreibung und eine höhere Besoldung keine Rolle spielen. Dass da ein Gesetz dazu gekommen ist und alles komplizierter macht, das verlängert vielleicht die Bearbeitungszeit. Da müssen wir über mehr Stellen reden, aber warum das jetzt automatisch schon eine höhere Besoldungsgruppe begründen soll, verstehe ich ehrlich gesagt nicht. Und das ist auch, glaube ich, nicht die Denke, die dem öffentlichen Dienst zugrunde liegt, Tätigkeiten zu beurteilen. Jetzt haben Sie noch einmal eine Prüfung angeregt, die sage ich Ihnen zu, aber ich will nur einfach ein bisschen den Eindruck hier vermeiden, dass nur eine erneute Überprüfung hier automatisch zum Ziel führt, wenn wir Ihnen ja wie dargestellt auch deutlich machen, dass wir schon eine Besoldungsgruppe über anderen Großstädten liegen. Und das ist insgesamt sowieso eine kritische Sache, weil wir damit so eine Kannibalisierung zwischen den Städten hervorrufen, was wir in anderen Fällen oft nicht gut finden. Hier stehen wir dazu, dass wir hier höher besolden, aber jetzt eine noch Höhergruppierung wegen zunehmender Komplexität, das reicht allein nicht aus. Trotzdem sage ich Ihnen das zu, dass wir es uns nach der

Umstrukturierung noch einmal anschauen. Das möchte ich an der Stelle einfach noch einmal deutlich sagen. Wenn Sie mit dem, was wir tun, nicht einverstanden sind, dann müssen wir halt noch einen runden Tisch machen und noch einmal eingreifen oder noch einmal uns zusammensetzen, aber ich finde schon, dass so Themen wie Stellenbeschreibung, wie Stelleneingruppierung, wie Umsetzung von Besoldungsverordnungen und Ähnliches, dass das eine originäre operative Aufgabe der Stadt bleiben sollte. Und wenn Sie dann mit der Situation immer noch zufrieden sind, weil es noch zu hohe Fluktuationen gibt, müssen wir gucken, was wir dann eben noch tun können.

Hinzu kommt, dass wir es eigentlich mit einem Haushaltsantrag zu tun haben, denn wenn Sie eine übertarifliche Fachkräftezulage einfordern, dann müsste ich das streng genommen einfach in den nächsten Haushalt verweisen. Jetzt weiß ich nicht, was das an Geld auslöst. Das kann ich jetzt nicht überschlagen, aber ich würde mir vorbehalten, also wenn Sie dem zustimmen, müssen wir es in die nächsten Haushaltsberatungen aufnehmen oder gucken, wie groß das ist, und dann gehen wir noch einmal miteinander in die Diskussion. Das will ich ausdrücklich hier deutlich machen.

Jetzt haben wir aus dem ursprünglichen Antrag zwei Punkte. Stadtverwaltung entwickelt weitere Maßnahmen, das ist die Ziffer 2. Das hatten wir Ihnen ja zugesagt. Dann kommt jetzt Ihr Änderungsantrag. Der hat zwei Ziffern. Volt hat die eine Ziffer ein bisschen reduziert, aber ich fange jetzt mit dem weitestgehenden an, und das ist die Ziffer 1 des Änderungsantrags der GRÜNEN, eine übertarifliche Fachkräftezulage im Sachgebiet 1. Ich würde es jetzt einmal getrennt abstimmen, weil es ja auch von der CDU getrennte Informationen gab. Also die Ziffer 1 des Änderungsantrags der GRÜNEN, übertarifliche Fachkräftezulage im Sachgebiet 1, unabhängig von irgendeiner Befristung, und bitte hier um Ihr Votum ab jetzt – Das ist eine mehrheitliche Annahme. Damit hat sich der Antrag von Volt erledigt. Das sehen Sie auch so.

Dann die Ziffer 2 sagen wir Ihnen zu und kommen dann noch einmal nach nach Umstrukturierung auf Sie zu.

**Stadträtin Fahringer (GRÜNE):** Wir würden das gerne jetzt abstimmen, und wenn es zeitlich auch geht, ich weiß ja jetzt nicht, wie lange diese Umstrukturierung braucht, eben zum nächstmöglichen Zeitpunkt dann beantragen.

**Der Vorsitzende:** Dann empfehle ich Ablehnung, weil wir natürlich regelmäßig sowieso alle Besoldungen überprüfen. Und wenn wir aus der Umstrukturierung Erkenntnisse ziehen würden, würden wir es Ihnen auch so vorstellen.

Damit kommt die Ziffer 2 zur Abstimmung, die ja etwas mit einer Stellenbeschreibung der Mitarbeitenden zu tun hat. Wir haben im Moment eine Stellenbeschreibung, die haben wir Ihnen auch dargelegt, und wir haben Ihnen zugesagt, dass wir, wenn wir dann alles fertig umstrukturiert haben, uns das noch einmal anschauen, ob es Hinweise gibt für eine neue Stellenbeschreibung. Also schon aus sozusagen den Gründen, dass Sie ja mit Ihrer expliziten Abstimmung und der damit verbundenen Beauftragung ein Stück weit die Erwartung verbinden, dass wir bei einer genauen Stellenbetrachtung zu einer anderen Eingruppierung kommen, empfehle ich an dieser Stelle eher Ablehnung. Es könnte sogar passieren, dass wir es eher nach unten korrigieren, Frau Böringer, das wäre natürlich tragisch, das machen wir natürlich nicht. Insofern lassen Sie uns lieber hinter den Kulissen einmal über das reden,

was dann vielleicht durch die Stellenveränderung passiert, aber ohne dass wir einen offiziellen Auftrag bekommen, jetzt eine Stellenbewertung noch einmal für alles durchzuführen.

**Stadtrat Hofmann (CDU):** Eine kurze Nachfrage noch, das heißt aber ja dann auch, wenn jetzt hier drüber abgestimmt wird und nicht das, was ich vorgeschlagen habe, dass wir intern prüfen. Wenn es rauskäme, dass eventuell nach unten gruppiert werden muss, wird natürlich kein Bestehender nach unten gruppiert, aber wenn eine Neubesetzung wäre, würde die dann nach der Neuen, nach unten Gruppiereten abgestimmt werden. Das wäre ja negativ.

**Der Vorsitzende:** Das müssten wir dann so machen, weil wir dann natürlich die Erkenntnisse umsetzen müssen.

**Stadtrat Hofmann (CDU):** Okay, dann wäre doch die von Ihnen vorgeschlagene Lösung die bessere, weil das könnte man ja dann danach machen.

**Stadträtin Fahringer (GRÜNE):** Vielleicht trage ich jetzt noch mehr zur Verwirrung bei. Also es geht ja um die Prüfung, und Sie hatten eben gesagt, es ist schon geprüft worden. Aus unserer Sicht ist es eben noch nicht geprüft worden, und wir wollen diese Prüfung. Und das ist ja noch keine Entscheidung dann, wie wird es dann bewertet. Und das ist auch nichts, was der Gemeinderat dann vornimmt. Deswegen, wir hätten gerne die Ziffer so abgestimmt, wie es hier steht.

**Der Vorsitzende:** Aber dann stimmen Sie eigentlich über etwas anderes ab, als das, was da steht. Dann stimmen Sie nämlich darüber ab, dass Sie unserer Stellungnahme nicht trauen, die ganz klar sagt, dass wir hier schon eine Entgeltgruppe über dem liegen, was andere Städte zahlen, und dass wir auch nach Überprüfung der Stellen hier im entsprechenden..., Moment, wo haben wir es: „Die Stellen sind nach Entgeltgruppe 10 bzw. Besoldungsgruppe A11 bewertet. Damit liegen sie bereits eine Entgelt- bzw. Besoldungsgruppe über der KGSt-Musterbewertung und den Stellenbewertungen im kommunalen Vergleich.“ Und damit haben wir doch eine Stellenbewertung vorgenommen, und wir haben sie sogar mit anderen verglichen. Und unten schreiben wir, dass wenn wir noch einmal die Aufgabenzuweisung verändern, dann gucken wir, ob sich daraus eventuell etwas ergeben könnte. Aber selbst da sind wir sehr zurückhaltend anzunehmen, dass es zu einer Stellenbewertung kommt. Und Sie sagen jetzt, die Stellenbewertung haben wir noch nicht durchgeführt, deswegen sollen wir noch eine machen. Und das brauchen wir nicht aus unserer Sicht, deswegen empfehle ich hier Ablehnung.

Und stelle jetzt diese Ziffer 2 zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum ab jetzt – Also wir wiederholen die Abstimmung noch einmal. Sollen wir unterbrechen? – Ja, bitte zwei Minuten.

(Unterbrechung der Sitzung von 19:13 Uhr bis 19:19 Uhr)

Wir wollen die Sitzung fortsetzen. Wir haben uns darauf geeinigt, dass die Auskunft der Stadt Karlsruhe richtigerweise so zu interpretieren ist, dass wir jetzt diese Umorganisation machen. Die soll bis Mitte nächsten Jahres abgeschlossen sein. Und dann kommt das, was hier im letzten Satz unserer Stellungnahme steht, dass wir dann noch einmal relevante Aufgabenverschiebungen oder Zuwächse dahingehend untersuchen, ob eine neue und

gegebenenfalls höhere Bewertung angezeigt wird in der Ziffer im Aufgabenbereich 4. Und wir haben das jetzt verschärft zugesagt, dass das Mitte nächsten Jahres alles erfolgt ist und dass wir das dann noch einmal mit Ihnen diskutieren. Und insofern hat sich dann diese Ziffer 2 erledigt. Und wir können heute den Tagesordnungspunkt abschließen, vielen Dank.

Zur Beurkundung:  
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –  
29. Oktober 2024